

Pressemitteilung

Datum:
21. September 2018

Sandra Lades
GfK Verein Presse
Tel. +49 911 95151 989
sandra.lades@gfk-verein.org

Ronald Frank
GfK Verein Studien
Tel. +49 911 951 51 987
ronald.frank@gfk-verein.org

GfK-Nürnberg e.V.
Nordwestring 101
90419 Nürnberg

hello@gfk-verein.org
www.gfk-verein.org

Geschäftsführung:
Prof. Dr. Raimund Wildner
Dr. Andreas Neus

Präsidium:
Manfred Scheske
Ralf Klein-Börling
Prof. Dr. Nicole Koschate-
Fischer
Dr. Andreas Neus
Prof. Dr. Raimund Wildner
(Vizepräsidenten)

Vorsitzender des
Gesellschafterrats:
Claus-P. Rach

Vereinsregister VR200665
Amtsgericht Nürnberg

Zuwanderung bleibt Hauptsorge der Deutschen - mit weiterhin rückläufiger Tendenz

Ergebnisse der Studie „Challenges of Nations 2018“ des GfK Vereins

Nürnberg, 21. September 2018 - Auch im Jahr 2018 finden sich in der Sorgenliste der Bürger zahlreiche Themen wieder, die bereits die Bundestagswahl im Herbst 2017 dominierten: So steht ganz oben auf der Sorgen-Agenda das Thema „Zuwanderung und Integration“, das im Vergleich zum Vorjahr noch einmal leicht auf 53 Prozent zurückgeht. Eine wachsende Besorgnis der Deutschen zeigt sich vor allem bei den Themen Alterssicherung, Armut, Bildungspolitik, Gesundheitswesen und dem Wohnungsmarkt.

Insgesamt zeigt sich gut die Hälfte der Bürger besorgt über Zuwanderung und Integration. Damit liegt das Thema weiterhin auf dem ersten Platz: 53 Prozent der Deutschen sehen es als eines der am dringendsten zu lösenden Aufgaben im Land. Allerdings geht diese Besorgnis bereits zum zweiten Mal in Folge zurück: Letztes Jahr lag der Wert bei 56 Prozent und im Jahr 2016 sogar bei 83 Prozent. Die Beunruhigung über das Thema sinkt aktuell im Osten Deutschlands (49 Prozent) jedoch deutlicher als im Westen (54 Prozent). Allerdings ist in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die (weitere) Zuwanderung explizit ablehnen, mit 23 Prozent deutlich höher als im Westen (16 Prozent).

Altersversorgung und Armut stehen zunehmend im Fokus

Den zweiten Platz auf der Agenda belegt die Sorge um die Renten und die Altersversorgung. 20 Prozent der Befragten sehen hier ein dringend zu lösendes Thema, das deutlich an Brisanz gewinnt. Im Jahr 2016 lag der Wert bei lediglich 8 Prozent. Durch den demografischen Wandel stehen immer mehr Bezieher von Renten immer weniger Berufstätigen gegenüber, die in das System einzahlen.

Eng mit dem Thema Rente verknüpft ist die Sorge über die Armut, die sich seit 2016 auf den Rekordwert von ebenfalls 20 Prozent verdoppelt hat. Rund die Hälfte nennt dabei explizit die Altersarmut als Problem.

Bei den beiden Themen Armut und Altersversorgung zeigen sich Unterschiede zwischen den Landesteilen: Im Westen Deutschlands sorgen sich 21 Prozent der Befragten um die Altersversorgung - in Ostdeutschland treibt die Menschen mehr die Sorge um die Armut um (22 Prozent) – jeweils mit steigender Tendenz.

Konträr zur Sorge über die Armut geht die Beunruhigung über die Arbeitslosigkeit auf 12 Prozent zurück (Platz 8) – und erreicht damit einen Tiefstand in der Geschichte unserer Studie „Challenges of Nations“. Das Ergebnis korrespondiert klar mit den Arbeitslosenzahlen: Gemäß OECD lag die Erwerbslosenquote 2017 bei 3,8 Prozent, wobei sie im Verlauf des Jahres 2017 insgesamt zurückging.

Pflege und Gesundheitswesen lösen wachsende Bedenken aus

Der Fachkräftemangel macht sich inzwischen in einigen Branchen besonders bemerkbar. Dazu zählt auch das Gesundheitswesen, und vor allem die Pflege. Daher ist es nachvollziehbar, dass sich die Menschen zu diesem Thema verstärkt Gedanken machen: Die Besorgnis über das Gesundheitswesen steigt 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozentpunkte auf 14 Prozent. Spezielles Sorgenthema ist die Altenpflege: 9 Prozent der Deutschen sehen sie als dringend zu lösendes Problem und 6 Prozent äußern sich erstmals explizit besorgt um den Mangel an Pflegekräften.

Die Bildungspolitik betrachten die Deutschen ebenfalls mit zunehmender Skepsis: Der Sorgenwert steigt zum zweiten Mal in Folge auf jetzt 18 Prozent (2016: 9 Prozent) und liegt damit auf Platz 4 im Ranking.

Im Anschluss an die Wahl stand eine ungewohnt langwierige Regierungsbildung im Vordergrund, da sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Koalitionsverhandlungen schwierig gestalteten. Vor diesem Hintergrund machen sich 16 Prozent der Bürger Gedanken um den Themenkomplex Politik und Regierung. Mit einem Zuwachs um 7 Prozentpunkte rangiert das Thema nun auf Platz 5.

Die Sorge um die Preise und die Kaufkraft bleibt mit 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Preise stiegen 2017 laut OECD um 1,7 Prozent – was trotz eines Anstiegs aber immer noch ein eher niedriges Niveau darstellt.

Das Thema Wohnen und Mieten gewinnt wieder an Bedeutung

Ebenfalls 12 Prozent der Deutschen betrachten den Themenkomplex rund um Wohnen, Mieten und Immobilienpreise mit Sorge. Zuletzt war dieses Thema 1996 in den Top 10 der Challenges-Studie vertreten. Es spielte dann längere Zeit eine eher untergeordnete Rolle, gewinnt aber seit einigen Jahren wieder an Brisanz. Mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre nahm auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zu. Dadurch sind die Immobilienpreise spürbar

gestiegen, vor allem in den Ballungsräumen. In Großstädten ist daher die Besorgnis darüber mit 16 Prozent merklich größer.

Leichte Entspannung zeigt sich in diesem Jahr am unteren Ende der Sorgenliste. Dort rangiert die Kriminalität, die mit einer deutlichen Abnahme auf 11 Prozent wieder das Niveau von 2016 erreicht.

Die Herausforderungen in Deutschland 2011 bis 2018

in Prozent	2011	2013	2015	2016	2017	2018
Zuwanderung / Integration	16	8	35	83	56	53
Renten/ Altersversorgung	17	14	16	8	14	20
Armut	6	13	15	10	17	20
Bildungspolitik	23	16	15	9	12	18
Politik/ Regierung	12	7	6	10	9	16
Gesundheitswesen	19	7	9	6	5	14
Preis-/Kaufkraftentwicklung	33	29	16	8	12	12
Arbeitslosigkeit	55	32	22	13	16	12
Wohnungsproblem/ Mieten/Immobilienpreise	2	3	4	6	8	12
Kriminalität	17	8	10	10	16	11

Quelle: GfK Verein, Challenges of Nations 2018

International dominieren Arbeitslosigkeit und Preis-/Kaufkraftentwicklung das Sorgenranking

Im internationalen Vergleich aller 19 Länder bleibt das Problem der Arbeitslosigkeit auch 2018 stabil mit 23 Prozent der Spitzenreiter der internationalen Sorgenliste. Spanien ist dabei das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bürger ihre Beunruhigung darüber äußert. Weit überdurchschnittlich besorgt zeigen sich zudem Italien, Frankreich, Indien und Südafrika. Insgesamt belegt die Sorge um die Arbeitslosigkeit in vier Ländern den ersten Platz. Etwas weniger Menschen als im Vorjahr, insgesamt jeder Fünfte, betrachten die Entwicklung der Preise und der Kaufkraft mit Skepsis, allen voran in Entwicklungs- und Schwellenländern: So belegt das Thema in Kenia, Indonesien, Iran aber auch in Russland den ersten Rang, ebenfalls groß ist die Besorgnis darüber in Indien und Brasilien. Über dem europäischen Durchschnitt liegen Frankreich und Polen, wobei dort die Sorge um die Kaufkraft im Vordergrund steht.

Die beiden zentralen Herausforderungen auf globaler Ebene, die Arbeitslosigkeit und die Inflation, sind jeweils in 4 Ländern an der Spitze positioniert. Für drei Nationen - Großbritannien, Polen und Brasilien - ist das Gesundheitswesen das drängendste Problem. Neben Deutschland liegt auch in Schweden die Zuwanderung auf dem ersten Platz und für die Mexikaner und Südafrikaner stellt die Kriminalität die größte

Herausforderung dar. Andere Staaten haben dagegen mit spezifischeren Sorgen zu kämpfen. So zum Beispiel die Türkei, wo der Terrorismus die Bürger am meisten beunruhigt. In Japan spielen – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – traditionell die Familienpolitik und die Altenpflege eine wichtige Rolle. Und in Südkorea stellt die konjunkturelle Entwicklung die Hauptsorge dar. Für die US-Amerikaner steht dagegen die Kritik an der Politik und der Regierung aktuell im Vordergrund.

Zur Studie

Diese Ergebnisse sind ein Auszug aus der Studie „Challenges of Nations 2018“ und basieren auf rund 23.000 Interviews, die im Auftrag des GfK Vereins im Frühjahr 2018 in insgesamt 19 Ländern durchgeführt wurden: Brasilien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Iran, Italien, Japan, Kenia, Mexiko, Polen, Russland, Schweden, Spanien, Südafrika, Südkorea, Türkei und die USA. Grundlage der Untersuchung ist folgende offene Frage, die jedes Jahr unverändert gestellt wird: *„Was sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Aufgaben, die heute in [jeweiliges Land] zu lösen sind?“* Die Befragten erhalten keinerlei beschränkende Vorgaben für ihre Antwortmöglichkeiten, Mehrfachnennungen sind möglich.

Zum GfK Verein

Der GfK Verein ist eine 1934 gegründete Non-Profit-Organisation zur Förderung der Marktforschung. Er setzt sich aus rund 540 Unternehmen und Einzelpersonen zusammen. Zweck des Vereins ist es, die Aus- und Weiterbildung von Marktforschern zu fördern und die für den privaten Konsum grundlegenden Strukturen und Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft zu verfolgen sowie deren Auswirkungen auf Verbraucher, Märkte und Marktentscheidungen zu erforschen.

Der GfK Verein ist Gesellschafter der GfK SE.

Weitere Informationen unter www.gfk-verein.org.

Twitter: GfK_Verein /// facebook: GfK Verein /// XING: GfK Verein

V.i.S.d.P.
GfK Verein, Presse
Sandra Lades
Nordwestring 101
90419 Nürnberg
Tel. +49 (0) 911 95151 989
sandra.lades@gfk-verein.org